

Volksstimme

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter“
jeden Freitag nachmittags.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Kirchstraße 27
Fernsprecher 5407
Postfachkonto Leipzig Nr. 87573.

Halle a. S.
Redaktion:
Gr. Frankfurterstraße 17
Telefon 6902
täglich von 12-1/2 bis 1/2 12.

Preis: Durch den Postweg monatlich 1.00 M., vierteljährlich 2.80 M., halbjährlich 5.50 M., jährlich 10.00 M. (Postzusatz 1.00 M.). Einzelnummern 30 Pf. (Postzusatz 10 Pf.).
Halle, Donnerstag, den 1. Juli 1920
4. Jahrgang

Schwere Lage in Italien. — Bruch zwischen Finnland und Schweden?

Vertragsentwurf für das Kabinett.

Rom, 30. Juni. Die Kammer legte die Beratung über die Budgetvorlage fort. Gestützt wurde keine Truppen nach Albanien senden. Ein mit mehr als nur militärischen Vorwissen versehener Diplomat habe sich am Dienstag nach Albanien begeben, um mit der albanischen Regierung zu unterhandeln. Es sei zu erwarten, daß auf diese Weise eine rasche Verständigung mit Albanien erzielt werde. Gestützt sprach darauf von dem Ereignissen in Ancona. Die Regierung werde nicht zu hart mit den aufrührerischen Elementen verfahren. Was die begangenen Verbrechen betreffe, so werde sich die Justiz damit in voller Unabhängigkeit ohne jede Beeinflussung durch die Regierung zu befassen haben. Die Kammer beschloß Schluß der Debatte und Hebergang zur Tagesordnung mit 222 gegen 68 Stimmen.

Sozialistischer Revolutionsaufmarsch.

Mailand, 29. Juni. (APB.) Der „Avanti“ veröffentlicht einen Aufruf der Sozialdemokratischen Partei und des Arbeiterverbandes an das italienische Proletariat. Der Aufruf, der sich auch an die Soldaten wendet, zitiert an die von der Regierung gegebene Zustimmung, keine Truppen nach Albanien senden zu wollen, und schließt: Wir erheben laut dem Ruf: Hände weg von Albanien! Arbeiter und Soldaten! Galtet euch bereit und eigt euch vor einem neuen Kriege die Hände, den wir einen neuen Krieg mit dem Ruf: Revolution!

Versteht man sich in ganz Italien. Der „Secolo“ berichtet über neue Zwischenfälle in verschiedenen Städten d. Venedig. In Venedig haben die Demonstrationen die Ruhe gestört. In Cesena wurde ein Soldat getötet. Zwischen Polizei und Demonstranten kam es zu heftigen Zusammenstößen. Schwere Verletzungen und die Tötung in Terni. Hier griffen auch die Elemente nach einer sozialistischen Versammlung das Wort. Der kirchlichen Vereinigung wurde es nicht gestattet, an der Versammlung teilzunehmen. Nach dem „Corriere della Sera“ hat sich die Lage in Oberitalien bedeutend gebessert. In Ancona ist die Ruhe wiederhergestellt.

Rom, 30. Juni. Die sozialistische Parteileitung und dem Allgemeinen Arbeiterbundes sagten dem Sekretär der Tagesordnung vor, durch die keine Ausfahrt in ganz Italien verkündet sollte. Hiergegen erhob das Bureau des Arbeiterentschieden Einspruch und verließ den Saal. Tagesordnung wurde von den Zurückgebliebenen gegen drei Stimmen abgelehnt. Eine andere, dem Mitglied der Parteileitung eingebrachte Tagesordnung wurde angenommen, die das Proletariat aufrufen, Kultur zu betreiben und sich zur Ausschüttung der Reichs- oder Partei bereit zu machen, falls die Regierung diesen Vorschlag nicht fern bleiben sollte.

Rom, 30. Juni. (Telef.) In Matera wurde der allgemeine Streik erklärt. Aus der Provinz werden von allen Elementen angeordnete Zwischenfälle berichtet. Die Stadt Ancona ist ruhig. Die Polizei festsetzt ungarische Arbeiter in der Umgegend fort.

Nm die Ålandinseln.

Stockholm, 30. Juni. Alle hiesigen Blätter bringen gegenwärtig inspirierte Artikel, die einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Finnland voraussetzen. Das Verhältnis zwischen Finnland und Schweden schon seit geraumer Zeit gespannt, da Schweden nicht auf die den finnischen Behörden beherrschenden alandinseln geltend macht. In der Vergangenheit sah man in den Ålandinseln Regionen, die die russische Räte gegen Seerangriffe schützten. Schon während des Krieges hatten gewisse Kreise Schwedens für Abtretung der Ålandinseln von Schweden an Finnland einen energischen Widerstand des größten Teils des schwedischen Volkes. Auch heute noch besteht in Schweden eine starke Eröhrung gegen jede Annexionstendenz, und im allgemeinen war man damit zufrieden, die Ålandinseln dem Völkerbund vorgelegt werden. Die unerbittliche Drohung der schwedischen Regierung ist nicht als vorläufig nur als Drohung in einer mehr oder weniger geeigneten aufzufassen. Die finnländische Regierung hat nämlich gegen zwei angesehene alandische Politiker die sie Schweden Stimmung machten, ein Gesandtes gegen Schweden einleiten lassen. Die die „Helsingfors Tidning“ und Stockholm meldet, hat das

schwedische Außenministerium nun die Frage zum Gegenstand erster Erwägungen gemacht. Als Folge ist dieser Erwägungen wurde vom Ministerium des Äußeren dem finnischen Gesandten in Stockholm eine Note überreicht, in der die finnische Regierung aufgefordert wird, weitere Schritte gegenüber den verhafteten Ålandinseln aufzugeben und die Verhafteten freizugeben im Hinblick darauf, daß die Ålandinseln jetzt vom Völkerbund gelöst werden soll. Der schwedische Gesandte in Stockholm hat von der schwedischen Regierung die Aufforderung erhalten, vom finnischen Minister des Äußeren eine sofortige Antwort darauf zu verlangen, ob der Schritt der schwedischen Regierung hinsichtlich der Maßnahmen in entgegenkommender Richtung zur Folge haben wird. Dadurch gibt man der Note fast die Form eines Ultimatum, dessen Ernst noch durch die in die Presse lancierte Aufkündigung unterstrichen wird. Ob diese brüske Tonart im Interesse einer ruhigen Einmündung der Ålandinseln ist, muß bezweifelt werden.

Die Verhandlungen mit Krasin.

Schon länger wie vier Wochen weiß Krasin, der russische Bevollmächtigte, in London um zu Wirtschaftsverhandlungen zwischen dem russischen Kommunismus und dem westliche besitzenden europäischen Kapitalismus zu kommen. Das lange weilt, wird auch jetzt es immer. Aber diesmal scheint es nicht der Fall zu sein. Nach den Verhandlungen im Anfang bis gepantheite Aufmerksamkeit der ganzen Welt, so hat diese jetzt erheblich nachgelassen. Denn es scheint doch nicht das Resultat herbeizuführen, auf das man so gespannt war, nämlich, wie diese beiden extremen, entgegengesetzten Wirtschaftssysteme zu einem Vertragsverhältnis kommen könnten. Denn nach den neuesten Veröffentlichungen scheinen die Verhandlungen ein Ergebnis überhaupt nicht zu bringen. Die Nachrichten widersprechen sich in letzter Zeit immer öfter. Während den einen Tag der beste Verlauf und die Festlegung immer neuer Vorbedingungen erwähnt wird, kommen anderen Tags Meldungen über vollständige Ablehnung der russischen Vorschläge seitens England und dann wieder der entfallenen Vorschläge Russlands. Soweit das nur Wandel der gereiften Geschäftsbeauftragten der beiden Länder sein kann, die Welt erst nach dem Schluß der ganzen Verhandlungen erleben. Hier heute verzeichnen wir folgende Meldungen:

London, 29. Juni. (Gazette.) Heute vermindert, daß die Verhandlungen mit Krasin immer fortwährend den Verlauf nehmen, obwohl einige Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die Ansichten in Moskau über die der britischen Regierung zu erteilende Antwort noch ein wenig auseinandergehen. Krasin wird neuerdings mit dem Obersten Wirtschaftsrat zusammenzutreffen. Er wird wahrscheinlich auf eine weitere Besprechung mit den britischen Ministern haben, bevor diese nach Moskau abreisen.

Dem Berliner Tageblatt ist aus Paris unter dem 29. Juni gemeldet: „Der händliche Austausch des internationalen Wirtschaftsrates in London trat gestern zusammen, um die Antwort Krasins zu prüfen. Man macht sich in London keine Illusionen mehr über den Erfolg der Verhandlungen. Nach der „Ball-Moskowskaja“ wäre die Abreise des Vertreters des Sowjet nur noch eine Frage von einigen Tagen. Sowjeten begehrt der französische Sozialistführer Lougeur, den Krasin in den letzten Tagen bezieht, allen persönlichen Beziehungen gegenüber, daß die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Lloyd George und Krasin im besten Zuge seien. Denn die wirtschaftlichen Voraussetzungen trüben überwiegen hervor. Man habe daher auch den Eindruck, als ob Lloyd George unter allen Umständen zu einem Ergebnis gelangen werde. Krasin habe in letzter Zeit häufig Hunderte von Kaufleuten und Industriellen empfangen.“

London, 30. Juni. „Times“ berichtet, bei den Verhandlungen mit Krasin sei kein Fortschritt erzielt worden, da er keine Vorschläge geben konnte. Es sei offensichtlich, daß die Moskauer Regierung nur ein Ultimatum vorgelegt habe, das die Anerkennung der Sowjetregierung in sich schließt.

Der Völkerbund hat den Schlußbericht der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel auf dem 29. Juni fertiggestellt. Dem Schreiben an den Völkerbundpräsidenten hat Verweis, daß die Einbindung der russischen zur Konferenz nicht sei, die Folge der Einbindung der russischen zur Konferenz, nur ein Ultimatum vorgelegt habe, das die Anerkennung der Sowjetregierung in sich schließt.

Corriger la fortune.
In dieses Wort des Vicent aus Settings „Motto von Barnabai“ denkt man, wenn man folgende Beschreibung über politische Abstimmungspraktiken der Gewerkschaften in D. und Westpreußen liest:

Berlin, 29. Juni. Nach Ermittlungen eines in Polen anhängigen Vertrauensmannes des Deutschen Arbeitgeberverbandes für die Grenz- und Auslandsteilnehmer sind die Annahmen der polnischen Arbeitgeberverbände aus Polen zur Befriedigung wenig richtig in die Hand der Abstimmungspraktiken in D. und Westpreußen gelangt. Von dort sind auch die Abstimmungspraktiken richtig abgebildet worden. Aber nur ein Bruchteil ist in die Hände der Arbeitgeberverbände gelangt. Die übrigen fünf Bruchteile sind zum größten Teil schon an der Grenze (nicht der letzten Position) beschlagnahmt worden. Die Deutschen in Polen, die auf Grund von Abstimmungspraktiken bei den polnischen Arbeitern einen Part nachstünden, wurden unter Ausschluss zurückgewiesen. Die Parteien verlangen meist einen bedeutenden Ausweis der internationalen Kommission. Wenn auch dieser beschlagnahmt wurde, so wurden die Deutschen ebenfalls unter dem Vorwand beschlagnahmt, daß erst die Befragten über die bei den letzten Abstimmungen eingesagten werden müßten. Es wird also nur ein weniger Bruchteil der zahlreichen stimmberechtigten Deutschen, die in Polen leben, an den Abstimmungen teilnehmen können.

Die politischen Aushebungen.

Berlin, 1. Juli. Aus angeblich zuverlässiger Quelle wird verschiedenen Wätern mitgeteilt, daß die Lage der Deutschen im Soldaten Gebiet der Ostmark unter dem politischen Terror von Tag zu Tag verwickelter werde. Die durch die allgemeine Einziehung herbeigeführte Furcht der Wirtschaftlichen nehme täglich zehrerer Umfang an. Die Wätern versuchen mit den wichtigsten Maßnahmen die Abwanderung zu verhindern. An der Grenze seien Polizeigewalt angesetzt, deren Bedrohung der Befehl erteilt wurde, alle Flüchtlinge niederzuschießen.

Widerrechtliche Einziehung Deutscher durch Polen.

Diese Ausmischung steht im strengen Widerspruch zum Berliner Friedensvertrag. Denn dieser bestimmt, daß die Parteien, die Grenzgebiet der abgetretenen Gebiete sind, zwei Jahre das Recht haben, sich für die deutsche oder polnische Staatsangehörigkeit zu entscheiden, und in dieser Zeit von jedem Kriegsdienst befreit sein sollen. Die Deutschen in den beiden Kreisen erwarten, daß von der deutschen Regierung sofort Schritte unternommen werden, um die der Ausmischung bald folgende Einziehung und Verhaftung an die Wirtschaftskontrollen von ihnen abzuwenden. Ebenfalls sollte die Pflicht des deutschen Rates in Berlin sein, den Polen ersucht einmündlich zu verlangen, daß auch die zur Wahrung der Friedensbedingungen verpflichteten Wirtschaftlichen haben sich die Befreiung von den Verhaftungen sofort für sich zu erwirken, nicht im geringsten gesammelt. Der Oberste Rat aber wachte nur damit mobil, wenn Deutschland eine der zahlreichen Beschlagnahmen, die ihm auferlegt worden sind, nicht oder angeblich nicht hätte erfüllen können. Er sollte auch hinsichtlich der zahlreichen polnischen Übergriffe das Wort ergreifen und seinen Einfluß geltend machen, wenn es sich um eine empfindliche Schmälerung der wenigen, dem deutschen Volke in dem Friedensvertrage zugesicherten Rechte handelt.

Die Polen sitzen wieder.

Brüssel, 30. Juni. Das dem letzten polnischen Ausschuss haben die Bolschewiken an der Arbeit nach amnestigen Kampfe bei Genesie eine schwere Niederlage erlitten. Die Bolschewiken verloren 3000 Soldaten, 15 Wundverwundete und wichtiges Kriegsmaterial.

Persien in dauernden Kämpfen.

Rotterdam, 29. Juni. „Daily Telegraph“ erzählt, die Verhandlungen zwischen der persischen und der Sowjetregierung über die Räumung des persischen Gebietes seien vollkommen gescheitert.

Amsterdam, 29. Juni. „Times“ meldet aus Teheran: Die Streitkräfte von Aufstich Soan, dem Leiter der persischen Sowjetregierung, rücken von Nicht in das Gebiet von Malarandera entlang der Südküste des Persischen Meeres vor und haben Lurman erreicht. Ihre Absicht ist, Teheran unter Umgehung der britischen Stellung von Kabin zu erreichen. Russische Bolschewiken halten Malarandera besetzt.

Eine internationale Schatzverteilung.

Bern, 30. Juni. Heute wurde im Bundesrat durch die Bundesräte mit dem neuen Verhandlungsleiter der internationalen Union zum Schutze des gewerblichen Eigentums, nämlich Deutschland, Frankreich, Niederlande, Polen,

Vormagel, Schweden, Schmei, Tische, ... und ...

Sehen die Franzosen nach Moskau?

Paris, 29. Juni. (Genoa.) Nach dem ...

Die Angaben Coucheur über den Aufbau der ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

300 000 Tonnen abzugebender Inventarmaterial ...

Die Angaben Coucheur über den Aufbau der ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

Die Labour Party für die Verstaatlichung der ...

Die Tagung der englischen Labour Party. Die ...

besetzung vorgegeben nicht im Einklang ...

Die Antwort der Alliierten Regierungen auf ...

Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

Paris, 29. Juni. Auf der internationalen ...

Am 1. Dezember 1919 war das Verhältnis ...

Die Arbeiter gehen den Jahren 1918 ...

Am 21. Juni, nach Ablauf von ...

Die Arbeiter gehen den Jahren 1918 ...

Am 21. Juni, nach Ablauf von ...

Die Arbeiter gehen den Jahren 1918 ...

Am 21. Juni, nach Ablauf von ...

Die Arbeiter gehen den Jahren 1918 ...

Drei Entwaffnungsvoten.

Dem Vorsitzenden der deutschen ...

Die Alliierten Regierungen haben mit ...

Am 21. Juni, nach Ablauf von ...

Die Alliierten Regierungen haben mit ...

Am 21. Juni, nach Ablauf von ...

Die Alliierten Regierungen haben mit ...

Am 21. Juni, nach Ablauf von ...

„Gott recht, für' mich zu ihm. Wir werd' heut ...“

„Sie schritten auf das Haus zu.“

„Mein' liebe Dent? Wo ist der ...“

„Eh, er hat den Bogen auch mit ihm ...“

„Eh, er hat den Bogen auch mit ihm ...“

„Eh, er hat den Bogen auch mit ihm ...“

„Eh, er hat den Bogen auch mit ihm ...“

„Eh, er hat den Bogen auch mit ihm ...“

„Eh, er hat den Bogen auch mit ihm ...“

„Eh, er hat den Bogen auch mit ihm ...“

Der Schandfleck.

Manon von Hubertus ...

Der Großvater ...

Der Bauer ...

Verwirklichung des Volkswillens zu gewährleisten. Sie können aber auch seinem Verstande zustimmen, daß die Verherrlichung durch Selbsterhaltung der Sicherheitspolizei, einer Volkstruppe von ausgeprägten militärischen Art und Organisation, stattfindet, zu deren Ausbildung Deutschland bereits vom Dezember 1919 ab aufgefordert worden war. Die Ausbildung der Sicherheitspolizei muß binnen einer Frist von drei Monaten von der Regierung der Weimarer Republik, beendet sein. Die Militärischen sind mit der Verherrlichung der alten „Ordnungspolizei“ genannten Volkstruppe einverstanden. Die Ordnungspolizei zählt gegenwärtig 92 000 Mann. Die Weimarer geben ihre Zustimmung, daß sie bis auf 150 000 Mann vermehrt wird. Sie knüpfen jedoch an diese Zustimmung folgende Bedingungen, die freigelegt werden müssen:

Die Ordnungspolizei muß ihren Charakter als kriegerische und Sondereinheit wahren. Sie erhält in keinem Umfang und in keiner Weise eine zentrale Organisation. Sie wird mit einer Besetzung ausgerüstet, die ihrem Zwecke entspricht und von dem Interalliierten Überwachungsauschuß freigelegt werden wird. Andererseits wird ausdrücklich festgestellt, daß in dem Bestande von 150 000 Mann Ordnungspolizei die 10 000 Mann einbezogen sind, die von dem Interalliierten Überwachungsauschuß für Polizeizwecke in der neutralen Zone genehmigt worden sind.

Die Verherrlichung der Ordnungspolizei erstreckt sich übrigens weder auf die ländlichen Gebiete, in denen die hohe Rheinlandschiffahrt allein die erforderlichen Stärken liefern kann, noch auf die städtischen Gebiete, es sei denn, daß die Interalliierten Regierung und Weimarer zustimmend ausdrücklich zugestimmt haben.

Schließlich wird die Verherrlichung der Stärke der Ordnungspolizei in dem Maße erfolgen, in dem die Auflösung der Sicherheitspolizei fortgeschritten, und zwar dazwischen, daß in keinem Zeitpunkt die Stärke der Sicherheitspolizei und der Ordnungspolizei zusammen 150 000 Mann überschreiten darf.

Andererseits haben die Weimarer befohlen, die Deutsche Regierung im Hinblick auf den Überwachungscharakter der Weimarer genügt zu ermöglichen, den Bestand der Gendarmen von 12 000 auf 17 000 Mann zu erhöhen.

Die Militärischen möchten schließlich die Aufmerksamkeit der Deutschen Regierung auf die Tatsache lenken, daß sie während der drei von der Weimarer gebildeten gegenwärtigen Note an bis zur vollständigen Auflösung der Sicherheitspolizei laufenden Monate es nicht zu tun haben, daß Soldaten der Weimarer in die Sicherheitspolizei übernommen werden. Die derzeitige Stärke der Sicherheitspolizei stellt eine Höchstzahl dar, die fortgeschritten vermindert werden muß.

Der Interalliierte Militärüberwachungsauschuß ist beauftragt, die Anwendung dieser verschiedenen Maßnahmen, die den berechtigten Wünschen der Deutschen Regierung in vollem Umfang Rechnung tragen (?), zu überwachen.

III.

Artikel 20 des Vertrages von Versailles unterlag für die Dauer von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Friedensvertrages die Herstellung von Luftfahrzeugmaterial jeder Art und seine Einbringung nach Deutschland. Andererseits bestimmt Artikel 202, daß Deutschland den alliierten und assoziierten Hauptmächten innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages seine ganze Luftfahrzeugmaterial des Heeres und der Marine ausliefern.

Diese beiden Artikel zusammengenommen, ergeben, daß der Interalliierte Luftfahrzeugüberwachungsauschuß ein Zeitraum von drei Monaten, beginnend mit dem Augenblick, an dem die deutsche Luftfahrzeugmaterial abgenommen hat, und abgesehen von dem Zeitpunkt, in dem Deutschland seine Fabrikation wieder aufnehmen ermächtigt ist, zur Verfügung steht. Diese Frist soll dazu dienen, um die Durchführung der die Luftfahrt betreffenden Bestimmungen und insbesondere den Transport oder die Unbrauchbarmachung des Materials zu sichern.

Da Deutschland sein Luftfahrzeugmaterial innerhalb der festgesetzten Frist nicht abgeliefert hat, wird die Überwachungsformalitäten nicht in der Angelegenheit, die sich von der Ablauf der in Artikel 201 vorgesehene sechsmönatigen Frist zu beenden. Würde die Herstellung von Luftmaterial vom 10. Juli ab wieder gestattet, so würde es also praktisch unmöglich werden, die Ausführung des Artikels 202 zu überwachen.

Die alliierten Mächte stellen fest, daß diese Sachlage die unmittelbare Folge des Verzugs ist, in den Deutschland hinsichtlich der Ausführung der Bestimmungen des Vertrages geraten ist; sie sind andererseits der Ansicht, daß jedenfalls drei Monate zwischen dem Zeitpunkt, in dem Artikel 202 voll zur Anwendung gekommen ist, und dem Tage, von dem an Deutschland die Fabrikation wieder aufnehmen darf, verstreichen müßten.

Die Konferenz hat daher entschieden, daß die Herstellung und Einfuhr von Luftmaterial, wie sie im Artikel 201 des Vertrages von Versailles vorgesehen ist, innerhalb von drei Monaten beginnend mit dem Augenblick, an dem diese Frist das gesamte Luftfahrzeugmaterial des Heeres und der Marine abgeliefert hat, und den die Interalliierte Luftfahrzeugüberwachungsformalitäten offiziell ansetzen wird, im gesamten Gebiet von Deutschland unterlag bleibt.

Diese drei Noten bezeugen für Deutschland neue Gefahren heraus, von denen die alliierten Staatsmänner offenbar nicht die kleinste Ahnung haben. Aufgabe unserer Unterhändler in Spa wird es sein, der Gegenseite klarzumachen, daß sie sich selbst ins Fleisch schneiden, indem sie Deutschland diesen schweren neuen Erschütterungen ausliefern. Die „Dema“ will aus wohlunterrichteten neutralen diplomatischen Kreisen erfahren haben, daß diese drei Noten noch nicht das letzte Wort der Entente bilden, namentlich bezüglich der geforderten Auflösung der Sicherheitspolizei. Das wollen wir im Interesse der ganzen Welt auch hoffen. Inzwischen zeigt der Ton der Noten, und besonders die hochbetonte, einseitige Behauptung, daß die neuen Forderungen der Entente „den berechtigten Wünschen Deutschlands in vollem Umfang Rechnung tragen“, daß der Geist, der vor einem Jahre in Versailles herrschte, sich kaum verändert hat. Das ist auch kein Wunder, denn noch immer ist drüben noch der entscheidende Mann.

Das Hunderttausend-Mann-Heer ist uns durch den Friedensvertrag vorgebildet, auch in seiner Gliederung, und da unsere Gegner erneut rücksichtslos auf der Durchführung bestehen, so

müssen wir uns auch getreu der jüngsten Regierungserklärung, mit einer Reichswehr von hunderttausend Mann abfinden. Bedenktlich ist nur, daß die Entlassung von hunderten Tausenden Soldaten und Offizieren jetzt, innerhalb weniger Tage durchgeführt werden sollen, in einer Zeit, in der unser Wirtschaftsleben (insoweit einer starken Krise unterliegt und die Zahl der Arbeitslosen tatsächlich sich mehrt. Eine Unterbringung dieser hunderten Tausend entlassenen Reichswehrgenährten, wird um so schwieriger werden, als die gleichen Noten der Entente die Auflösung der Sicherheitspolizei innerhalb von drei Monaten verlangen, und uns gleichzeitig vorbestimmen, daß Soldaten der Reichswehr in die Sicherheitswehr nicht übernommen werden dürfen. In diesen Bestimmungen erkennt man am besten wohl Geistesfinden sie sind: Es ist der französische Militarismus und Imperialismus, der dem deutschen Bruder den Garauz machen will.

Deutscher Reichstag.

Erklärungen der Regierungsparteien.

Nachdem am letzten Sonntag die Vertreter der Oppositionsparteien mit Ausnahme der zwei Kommunisten ihre Zustimmung zur Regierung in mehr oder minder scharfen Auslassungen darlegte, hat heute die Reihe an den Regierungsparteien angebrochen.

Der Führer der Partei zwischen den Parteien, Herr Trimborn, eröffnet den Reigen. Dinsbergererfassung ist es, was er dem Hause vorliest, noch dazu leicht vorgewärmt. Wenn trotzdem der Saal verhältnismäßig voll ist, so ist es wohl nur, weil jeder hofft, endlich einmal eine pikante Stelle zu hören, wie sie früher im Munde von Zentrumsrednern nicht selten waren. Aber nein, die Vinonade bleibt matt — es ist ein sehr verzwärmerter Aufzug der Rede Drehbühnen. Ungleich temperamentvoller und besser spricht der Führer der Partei der Schwereindustriellen, Herr Stresemann. Man könnte meinen, er wäre der Minister des Innern und Vizekanzler, wängigstens scheint er sich so zu fühlen. Wenn man genau hinsieht, kann einem auch weh tun, daß er nur der Vorkämpfer der Herren von Lüttich und Köppler ist, wenn er in schmalkrüger Ton von engen Zusammenarbeiten zwischen Industrie und Gewerkschaften spricht, oder vom Abbau der Zwangsarbeitspflicht, oder von der Befreiung der staatlichen Zwangsarbeitspflicht.

Nachdem endlich der Strom seiner Beredsamkeit verfließt, ist es die Reihe der Demokraten an der Reihe. Ihm ist es unmöglich zu beginnen ohne der Deutschen Volkspartei trotz aller Regierungsgemeinschaft sanfte Vorhaltungen zu machen, so darüber, daß sie den Wahlkampf so häufig geführt haben, ihnen einige leichte Vorwürfe hinzuzurechnen wegen des Verwehrens um die Sozialdemokratie. Und quid demokratische Worte findet er gegen die Deutschnationalen, deren Beteiligung an der Regierung er trotz ihres Protestes als nicht im Interesse des Vaterlandes hinfällig. Seine und seine Worte findet der banerliche Vorkämpfer Dr. Heim, besonders vor außerpolitischen Kreise. Schließlich unangenehm ist es den Führern von rechts, wenn er einräumt darauf hinzuweisen, sich in die Mentalität Frankreichs und seine unangenehme Leiden mehr zu vertiefen, um seine heutige Stellungnahme zu uns zu verstehen. Das er darans nicht das Hecht herleitet, Unmensliches zu fordern, ist nur selbstverständlich. Nicht unterlassen kann es der Unabhängige Ledebour, dem „Bauerndoctor“ in Zwischenrufen anzudeuten. Der oberbayerischen Derbheit Heims aber ist Ledebour nicht gewöhnt. Er bekennt sich trotz allem auch heute noch zur Zwangsarbeitspflicht, er tritt für eine östliche Orientierung unserer Wirtschaftspolitik ein, er ist gegen die hohen Weizen- und Kartoffelpreise — kurz eine inhaltreiche Rede und ernte Rede. Man möchte wünschen, daß solche Reden im neuen Reichstage recht viele gehalten werden. Die zweite Garnitur der Redner und Klara Reffin kommen erst heute zu Wort. Dann folgt auch die Zustimmung über den unabhängigen Mißtrauensantrag gegen die neue Regierung.

Sitzung vom Mittwoch, 30. Juni, 2 Uhr nachmittags.

Vizekanzler Dr. Heine erklärte auf Anfrage, daß die Regierung bereit sei, die Interpellationen über Vorbereitungen zum Generalstreik, über die Brotverlängerung im zehnjährigen Wirtschaftsjahre und über die Erhöhung der Lebensmittelpreise in den nächsten Tagen zu beantworten.

Das Haus nimmt sodann den Antrag Ledebour, die Strafe gegen den Abg. Wittkopf aufzuheben an. Desgleichen wird der Antrag der Deutschnationalen auf einseitige Einstellung des Verfahrens gegen den Abg. Van den Kerckhof angenommen.

Debatte über die Regierungserklärung

ergreift

Abg. Dr. Trimborn (Ztr.) das Wort. Die Weimarer Verfassung müßte die unerrückbare Grundlage unseres Programmes für den wirtschaftlichen Wiederaufbau sein. Er bebaue, daß die Mehrheitsverhältnisse sich zurückgezogen hätten. Er danke der Volkspartei, daß sie diesmal nicht absteigt getreten sei. Das Verhalten der Sozialdemokratie könne er nicht imponierend nennen. Das Zentrum wolle die Regierungsbasis nach Möglichkeit verbreitern. Den Anblick an die Deutschnationalen habe seine Partei nicht mitmachen können, denn das würde den Eindruck gemacht haben, als ob eine Regierung ohne und

gegen Demokratie und Arbeiter zustande kommen sollte. Redner schloß seine Ausführungen mit dem Ausdruck unbegrenzter Zustimmung zum Regierungsprogramm und vollem Vertrauen zur neuen Regierung.

Abg. Dr. Stresemann (D. Hgl.) gibt zunächst eine Uebersicht über die Ereignisse bei der Kabinetsbildung und behauptet, daß man sich statt dem Erlaube der Rechte bei den Wahlen zu entschließen an der Majorität der Sieger gewandt habe, als die Sozialdemokratie nicht mittat. Er bemerke dem Abg. Dr. Heim gegenüber, daß eine Kabinetsbildung mit der Rechte allein eine Unmöglichkeit gewesen sei. Ein Uebereinkommen mit den Deutschnationalen sei von seiner Partei niemals abgeschlossen worden. Er kam sodann auf die Sozialisierung zu sprechen und meinte, noch leichter als diese sei die Befreiung der Produktion. Der Abbau der Zwangsarbeitspflicht sei noch lange nicht das freie Spiel der Kräfte wie früher, denn uns sei durch das Fehlen des internationalen Güterausgleiches die Kräfte genommen. Die ganze Frage des Wiederaufbaues sei überhaupt international und nicht bloß deutsche Angelegenheit, denn Deutschlands Zusammenbruch werde auch den übrigen Welt nach sich ziehen. Der Reichswirtschaftsrat, der heute zusammengetreten sei, habe diesen Wiederaufbau vorzubereiten. Die Unterfrist in Spa werde schwerwiegender sein als die von Versailles. Deshalb müßte genau erwogen werden, was unterzusehen werden ist.

Abg. Schiffer (Dem.) erklärt, er wolle sich nicht zu sehr in Parteipolitik einlassen, das Volk habe diese Auslassungen satt. Seine Partei habe im Wahlkampf die schwerste Einbuße erlitten, sie habe das Vertrauen und sich zur Regierung entschlossen. Wenn sie sich schließlich doch zum Anschluß an die Regierung schließend machte, so habe die vaterländische Pflicht daran die Schuld, wie das auch beim Zentrum der Fall war. Der Sozialdemokratie müßte er aber Normirer machen, wengleich er andererseits anerkenne, daß sie wenigstens Gerecht bei Fuß baste. Das gegen die Deutschnationalen, obwohl im Innern Deutschlands, wie auch im Ausland ein gewisses Mißtrauen herrsche, sei wohl erklärlich. Das sei auch der Grund, weshalb ein Zusammenarbeiten mit ihnen nicht möglich war. Redner ging zur Beschreibung des Regierungsprogrammes über und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Kabinett von Dauer sein werde.

Abg. Dr. Heim verlangt eine Bilanz der unerfüllten Pflichten und der Tatkraft für diejenigen, die nach Spa gehen. Uns lege man nur Lasten auf, die uns wirtschaftlich ruinieren, zur Hebung unserer wirtschaftlichen Lage geschehe nichts. Schon heute hätten wir nicht genügend Kohle, um unsere Industrie anzukurbeln. Deswegen darf es nicht geschleien nicht genommen werden. Frankreich verweigert, daß es uns nicht unter Druck halten könne, ohne sich selbst zu drücken. Er glaube, daß eine Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Frankreich allein den Mißspruch lösen könne. Redner stellt ferner fest, daß die Landwirtschaft an den teuren Müßproben nicht schuld sei, sondern der Zwischenhandel. Er warnt vor der Erhöhung der Getreidepreise. Wir sollten Getreide nicht im Westen, sondern im Osten kaufen, wo die Valuta zu unseren Gunsten laute. Er bittet ferner das Haus zu freier Einkommenminimum zu erhöhen und man merke vor der großen Zerstörung, die den ganzen Betrieb umhüllt, werden. Unser Schicksal hängt an der Parteilichkeit zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen.

Präsident Loebe teilt sodann mit, daß ein Antrag der Unabhängigen überhauf und Genossen vorliege, wonach die Regierung nicht das Vertrauen des Reichstages besitze.

Nächste Sitzung Donnerstag, 1. Juli, 1 Uhr nachm.

Berlin, 30. Juni. Der Haushaltsausschuß

des Reichstages hielt heute seine erste Sitzung ab. Auf Antrag des Finanzministers Dr. Wirth ein trübes Bild über die schlimme Finanzlage des Reiches: 265 Milliarden Gesamtverschuldung, dazu eine Menge großer Aufgaben und weiteres Verlangen auf Gewährung von Reichsmitteln für alle möglichen Zwecke. Der Finanzminister wird sich am Donnerstag im Plenum darüber äußern. In die Forderung 450 Millionen Mark für Wohnungszwecke knüpfte sich eine längere Ansprache, an der sich Vertreter aller Parteien beteiligten, die alle eine nachdrückliche Forderung des Wohnungswehrens und der Materialbeschaffung forderten. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und Ministerialrat Glöck betonten, daß vom Ministerium alle Gelder, um die Wohnungsnot zu bannen; der Kohlen- und Kautschummangel, wie andere Dinge erschweren jedoch diese Arbeit außerordentlich. Die Anforderung einer Summe von zwei Millionen für Vorbereitungen wird vom Referenten Abg. Stöckel (Soz.) und anderen Abgeordneten beantragt. Die Abstimmung hierüber wird ausgesetzt, die übrigen Forderungen im Haushalt des Reichswehrministeriums genehmigt. Weiterberatung morgen.

Obstruktion in der Gothaer Landesversammlung.

Die Gothaer Unabhängigen haben von den Braunschweiger bürgerlichen Parteien gelernt. Sie treiben Obstruktion durch Herbeiführung der Beschlunsfähigkeit. Das Ziel ihres Handelns ist allerdings ein anderes als das der Braunschweiger Bürger; offensichtlich erreichen sie aber ein besseres Resultat.

Gotha, 29. Juni. In der auf heute anberaumten Sitzung der Landesversammlung, in der die Bildung der neuen Regierung auf der Tagesordnung stand, brachten die Unabhängigen einen Dringlichkeitsantrag ein, den Reichspräsidenten zu ersuchen, den Ausnahmezustand sofort aufzuheben und den Reichsoffiziarat

Der Zeitpunkt

für den günstigsten Einkauf von Schuhwaren ist gekommen!

Oamenstiefel 98 Mark.

Braune Halbschuh 138, 148 Mark.

Herrenstiefel 148, 198 Mark.

Wiebachs Schuhwarenhaus, Kl. Ulrichstr. 11/12

Solle sofort abberufen. Nachdem der einzige demokratische Abgeordnete den Sitzungssaal verlassen hatte, wurde die Dringlichkeit des Antrages mit neun gegen neun Stimmen abgelehnt. Nach einer kurzen Unterbrechung gaben die Unabhängigen dann folgende Erklärung ab: Durch die Verhängung des Ausnahmezustandes und durch die Einsetzung des Reichskommissars in dem Gebiete des Freistaates Gotha sind rechts- und verfassungswidrige Zustände eingetreten. Die Rechte der Landesparlamentarier sind verletzt. Die Schließung des früheren Landtags und die Neuwahl von letzten Landtag sind verfassungswidrig erfolgt. Die politische Freiheit der Beamten ist bedroht, die Pressefreiheit eingeschränkt und die Freiheit der Unabhängigen sieht darin eine schwere Gefahr für die verfassungsmäßigen Rechte des Landes und sieht sich nicht umfange, sich weiter an der parlamentarischen Arbeit zu beteiligen. Sie wird ihre parlamentarische Mitarbeit verweigern. Daraufhin verließen die Unabhängigen

den Saal und machten die weiteren Verhandlungen, vor allem die Regierungsbildung, unmöglich.

Notizen.

Aus der Gorbuzer der Kommunisten. Chemnitz gilt als Hochburg der Kommunisten. Dort haben sie bei den Reichstagswahlen ein Mandat erobert. Um so merkwürdiger ist der Ausfall der Betriebsräteabwahlen, die dieser Tage in Chemnitz stattgefunden haben. Eine der wichtigsten Industriezweigen sind die Metallarbeiter. Bei den Wahlen in den Industrieunternehmungen wurden die Kommunisten gerade in der Metallindustrie in die Minderheit gedrängt. Sie brachten es nur auf sechs Vertreter, während die Sozialdemokraten neun Mandate erhielten. Dieser Erfolg ist am lo höher zu bewerten, als nach nur kurzem eine kommunistische Ortsverwaltung im Metallarbeiterverband gewählt wurde.

Wer nicht pariert...! Für Leute mit eigener Meinung, umso mehr sie gar nach Demokratie und keine Moskau sind.

ist in der U. S. B. kein Platz mehr. Die Artikel Heintz Ströbel in der 'Volksstimme' deren Kritik auch nur der eigenen Partei nicht Saft macht, haben wiederholt den Eifer der Städtischen Regierung entfacht. Sie haben jetzt Ströbel wegen eines solchen Artikels kurzzeitig, ohne Anhörung, ohne Unterladung und Schiedsgericht, ausgeschloßen. Der patentierte Revolutionsrat aber fragt: Wann folgt Kautsky?

Ein politischer Mörder als Nationalheiliger. Prinzip, der furchtbare Nationalität und Stabent, der 1914 den österreichischen Thronfolger und dessen Gattin erschoss und mit dieser Tat den Anstoß zu jener internationalen Krise gab, welche später zum Weltkrieg führte, nach dem Stabent im Gefängnis zu Theresienstadt in Wähmen. Jetzt werden nun seine Leberreste nach Jugoslawien überführt, wo sie am 1. Juli feierlich beigesetzt werden sollen. So wird aus Serzheim gemeldet - Die Slawen schätzen eine solche Beerdigung wohl noch sehr zu hoch ein.

Plenarumsitzung für den reaktionären Senat: Rauf Tamel; für den Anstaltsrat: Wilhelm Herzog, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. b. H. S. u. Halle. Gr. Ulrichstr. 27.

Zähne
künstliche,
in Kautschuk,
GoldAluminium
usw.
Verarbeiten
schmerzlos zehrender Gebisse,
Brückenarbeit.,
Goldkronen
Stiftzähne
empfehlen zu mässigen
Preisen
Hans Schmidt
Zahnpraxis
12 Leipzigerstr. 12
schräg gegenüber der
Ulrichsstraße
— Sprechzeit 9-5 —
Schluss der Anzeigen-
Annahme 9 Uhr.

Leipzigerstrasse Nr. 88
Fernruf 1224 Ab morgen Fernruf 1224

NERO

Der grosse, klassische Film mit über 6000 Mitwirkenden in acht glanzvollen szenarienten Akten mit riesenhaften Dekorationen.

Vorführung: 4.00 6.10 8.20 Uhr.

Alte Promenade Nr. 11a
Fernruf 5738 Ab morgen Fernruf 5738

Das einsame Wrack

In den Hauptrollen:
Harry Liedtke und Leo Holl.

Die Taucherszenen wurden von **Heinz Carl Heiland** mit Hilfe der schlauchlosen Dräger-Tiefsee-Tauchapparate aufgenommen. — **Heinz Carl Heiland steuert sein 100 PS. Rennboot Fusodan.**

Vorführung: 4.10 6.20 8.30.

Apollo-Theater.
Heute, den 1. Juli, abends 8 Uhr:
Eröffnungs-Vorstellung
des Metropol-Theaters zu Köln.
Direktion: Curt Bruch. Leiter: Eugen Manjon.
Kapellmeister: Dr. Hans Koffmann.

"Grigri"
Operette in 3 Akten v. Salten-Bühners u. S. Charrel.
Musik von Hans Blümel.
In den Hauptrollen die hier bestens bekannten Darsteller:
Karl Weiskopf, Herr Janowitz, Josef Weiskopf, Alf. Horien, Antonie Wachter, Georg Herold.
Der Vorverkauf ist eröffnet.

Stadt-Theater
Freitag, den 2. Juli 20, Anfang 7 1/2 Uhr:
VIII. Konzert
(M. Konzert der Robert Franz-Singakademie)
Die Jahreszeiten von Joseph Haydn.
Leitung: Prof. Alfred Rahlwes.
Sonabend: Als ich noch im Flügelkleide.

Chalin-Theater
Chalispfied des Schauspielers Bertram Sonntag, den 4. Juli 1920 abends 7 1/2 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.

Frischer
Nordhäuser Kautabak
wieder eingetroffen
Richard Hennicke,
Königsstraße 5.

Bitterfeld

Bekanntmachung.
Herr. Weißbrot- und Zwiebackbäckerei.
Vom 5. Juli ab wird die Herstellung des Weißbrotes den Bäckereien von
Grosche, 2. Bismarckstr.,
Klaus, Schauerstr.,
Wulke, Burgstr.,
und des Zweibrotbäckers der Bäckerei von
Tsch. 3., Bismarckstr.,
übertragen.
Bitterfeld, den 30. Juni 1920.
Der Magistrat, Richter.

Weißfels

Brotmarkenausgabe.
Die Ausgabe der Brotmarken für die Zeit vom 5. 7. die 1. 8. 20 findet vom Dienstag, den 29. 6. bis Montag, den 5. 7. in der Markenausgabe des städtischen Lebensmittelamtes Bismarckstraße 8, von 8 bis 12 Uhr vormittags nach dem für die letzte Ausgabe anordneten neuen Verfahren statt und geht nach folgender Stoffeinteilung vor sich:
am **Sonabend, den 3. Juli**
von 7-9 1/2 Uhr: Abgefertigt werden am
Tisch 1 Brombeere,
2 Neue Zit., Neumarkt Nordstr.,
3 Brombeere, An der Pfeffermühle, An der Biste, Pötenweg, Rabenstraße,
4 Gassler,
von 9 1/2-12 Uhr:
Tisch 1 Schillerstr.,
2 Schillerstr., Schillerstr. Schillerstr.,
3 Am Schlachthof, Schlachthofstraße, An der Schiene, Am Schlachthof,
4 Schillerstr.,
am **Montag, den 5. Juli**
von 7-9 1/2 Uhr: Abgefertigt werden am
Tisch 1 Weidenstr.,
Tisch 2 Tagewerkerstr.,
Tisch 3 Am Stadtgarten, Starkes Grünstr., An den Sluren, Soldatenweg, Schauerstr.,
Tisch 4 Poppenham, Tagewerkerstr., Umlandstr.,
von 9 1/2-12 Uhr: Tisch 1 Weinbergstr., Tisch 2 Weidenstr., Tisch 3 Tagewerkerstr., Tisch 4 Zimmerstr.

Zur Ausgabe kommen außer den Brotmarken noch neue **Reichskarten** und **Zuckermarken** für den Monat Juli.
Sämtliche Zusatzmarken werden am Tisch 1 ausgegeben; An- und Umbelegungen sind an den Tagen der Hauptausgabe nach Möglichkeit zu vermeiden.
Die Einholung der Ausgabezeiten ist dringend erforderlich.
Weizenfels, den 26. Juni 1920.
Der Magistrat.

Licht-Spiele
Gr. Ulrichstraße 51 Fernruf 4661.

Ab Freitag! **Erstaufführung!**

Hilde Wolter
Die Sensation der mod. Spielfilme!

Büßer der Leidenschaft
Die Geschichte einer Liebe in 5 Akten!
Vorführung: 4.50, 6.50, 9.00.
Hierzu:
Karichen, das verlobte Schneiderlein Lustspiel in 3 Akten
Heute letzter Tag: „Eine Demimonde-Helra!“
Wochentags auf allen Plätzen bis 5 Uhr nachmittags kleine Preise bei vollem Programm!
Einlass 3 1/2 Uhr, Beginn 4 Uhr. Letzte Vorstellung 8.15 Uhr!

Warum quälen Sie sich?
Bei Husten, Keuchhusten, Verschlimmung, Katarrhen der Atemwege, tuberkulösen Lungenscheiden haben
Riolin-Pillen
vom Laboratorium Riolin schon vielen geholfen. Viel Dankbarkeiten. Schachtel 5 Mk. 4 Schachteln zu einer Summe 18.50 Mk. Generaldepot in der **Älpler-Apotheke, Ringstraße D. S., Kronprinzenstraße 1.**

Goeben sind neu erschienen:
Bahlke, Die weltliche Schule M. 1.80
Was muß der Beamte von dem Befehlsgesetz wissen? M. 2.40
Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus u. die Aufgaben der Sozialdemokratie. Brosch. M. 12.60
Wissel, Führer durch das Einkommensteuergesetz M. 3.00
Verlag der Volksstimme,
Große Ulrichstraße 27.

Geldverkehr Wertpapiere
aller Art kauft, verkauft und nimmt in Verwaltung Bankgesch. G. H. Fischer, Alte Prom. 26.

Stellen finden
Reiffelschmiede, Schloffer
werden in unserer Abteilung Ausschmiede für dauernde Beschäftigung sofort eingestellt.
Büding Akt.-Ges. Landsberg (W. Halle).

Vermischtes
Vernickelung,
Esmailieren v. Fahrrädern usw. pp. billig.
Gebr. Plato,
Gr. Brauhausstraße 29.

Grudöfen
in versch. Größen und Ausführungen, sowie Reparaturen.
Ausg. Domke.
Grudöfenfabrik, Taubenstr. 9.

Seilerwaren
Bindergarn, Hanf, Bindfäden, Rohr, Bürsten, Besen, Peitschen, Holzwaren.

Polstermittel
Garne - Zwirne - Stoffe.
Wünsch & Kaps
Gross- u. Kleinhändler.
L.-Wuchererstr. 1a.
Fernruf 5572.

G. W. Trotho, Opt. Anstalt
Geogr. 1816
Fernspr. 2966.
Gr. Steinstraße 16.

Kakao
gar. rein 1/4 Pfd. nur 5.00 Mk.
Haferkakao
beste Qualität 1/4 Pfd. nur 4.50 Mk.
Otto Bornschein, G. m. b. H., Mittelstr. 21.

Abstimmung in Ost- und Westpreußen!
Mitbürger von Halle a. S. und Umgebung.
Stiftet Liebesgaben, Blumen, Girlanden, Fahnen usw. zur Erfrischung bzw. Ausschmückung.
Berein der Ost- und Westpreußen.

Billige Seefische!!
In bekannter blattfischer Ware kommen Freitag und Sonnabend zum Verkauf.
Kabeljau ohne Kopf 2.00 Mk.
Geelands ohne Kopf 2.00 Mk.
Mittel-Kabeljau 1.50 Mk.
Golbbarfisch 1.80 Mk.
Große Rotzunge 2.50 Mk.
Friedr. Krämer,
Häufigerplan 3. Fernruf 6205.
Markttags Verkauf am Wochenmarkt.



Partei-Angelegenheiten.

Große Funktionärstagung der S. P. D. Donnerstag, den 1. Juli, abends 7 1/2 Uhr, in „Bildorfs Gesellschaftshaus“.

„Hilfsbahnen. Montag, den 5. Juli, abends 8 Uhr in „Bildorfs Gesellschaftshaus“, Karlsruh, 14. Verammlung.

„Freier Sängerkor.“ Freitag abend 5 Uhr im Vereinslokal „Zum Schuttheiß“, Merseburger Str. 10, in Leipzig.

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat.

1. Sitzung, Mittwoch, den 30. Juni 1920, im Sitzungssaal des Reichstages.

Der Saal ist bis auf den letzten Platz besetzt, auch die Tribünen sind gut besetzt.

Am Regierungstische: Reichsminister Feiler und der Minister Koch und Scholz, ferner Reichstagspräsident Löbe.

Der Reichswirtschaftsrat ist ein wichtiges Glied zur Verwirklichung dieses Zieles. Nach seiner Zusammenziehung und seinen Aufgaben stellt er eine Voraussetzung unter den Vorzeichen der Welt dar.

Kleines Feuilleton.

Wittommer, Johannisfest und Sonnenwende.

Partraum Partikelium in Prosinjiummum. Wir sind seit vorigem Winter gewohnt, den Jahreskreis in bestimmten Spielen des Prosinjiummum mitleiden, und die Städte haben keinen oder engeren Beziehungen gewonnen.

fiende aus den einzelnen Gruppen gemäß, und zwar Otto Hübner-Schmalde, Friedrich Baumann-Berlin, Generaldirektor Dr. Höpfer-Dortmund, Direktor Salomonow-Berlin, Regierungsrat Lehmann-Berlin, Gehilfen Rieppel-Werben, Oberbürgermeister Vorhoff.

Ferner wurden 9 Schriftführer gewählt, und zwar Obermeister Hansen-Hamburg, Generaldirektor Baumann-Berlin, Generaldirektor Dr. Höpfer-Dortmund, Direktor Salomonow-Berlin, Regierungsrat Lehmann-Berlin, Gehilfen Rieppel-Werben, Oberbürgermeister Vorhoff.

Es wurde dann ein wirtschaftspolitischer Ausschuss gebildet, dem 30 Mitglieder angehören, u. a. Dr. Wölfe, Hugo Stinnes, Rudolf Wölfe, Adolf Cohen, Adg. Hae. W. Dr. Frenzel, Wg. Reimath, August Müller.

Der Antrag wird dem wirtschaftspolitischen Ausschuss überwiesen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr.

Wie verlautet, wird der Betriebsratsrat sich nach der Donnerstagstagsitzung verlagern und seine Arbeiten erst wieder aufnehmen, wenn die deutschen Vertreter aus Spa zurückgekehrt sind.

Aus dem Stadtreis.

Kreistagsitzung.

Spotten über selbst und merken es nicht.

Der Unabhängigen ist offenbar kein Empfinden für die Wirkung ihrer politischen Redaktionen verloren gegangen. Sie sehen und hören nur sich selbst, und wenn sie irgendwo eine Mehrheit bilden und als solche einen Beschluß fassen, glauben sie, die Welt müsse sich danach richten.

Bezeichnend war das die Herren Albrecht-Könern und Dreißlich-Schönwiese. Es muß da eine scharfe Auseinandersetzung unter den Unabhängigen stattgefunden haben; denn der Herr Dreißlich ist ein sehr feiner Herr, aber leider ist er ein Dilettant, der nicht die Partei und Sattler-Bundlosig ist.

zu diesen Anträgen habe er bereits früher berichtet, er habe sie inzwischen nicht geändert und ebenfalls darüber beide Beschlüsse. Daranfiel beschließen die Unabhängigen, gegen die Beauftragung Klage beim Reichsausschuß zu erheben.

Die Pflichtschule besteht im wesentlichen aus drei Teilen: 1. aus der eigentlichen Gewerbeschule für alle in diesen Gewerben (Schneiderei und Handweberei) produktiv tätigen männlichen jungen Leute.

Städtische gewerbliche Fortbildungsschule.

Nachdem nunmehr das neue Statut der gewerblichen Fortbildungsschule die Genehmigung des Reichsausschusses erhalten hat, ist die Schule in ihrer Endgestaltung am 1. Juli 1920 in Betrieb getreten.

Die Pflichtschule besteht im wesentlichen aus drei Teilen: 1. aus der eigentlichen Gewerbeschule für alle in diesen Gewerben (Schneiderei und Handweberei) produktiv tätigen männlichen jungen Leute.

2. aus der gewerblichen Fortbildungsschule für ungeschulte Arbeiter jeder Art mit sechs wöchentlichen Pflichtstunden.

3. aus der Gewerbeschule für alle (außer in der Grobindustrie) am ehestig tätigen jungen Mädchen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, gewerbliches Rechnen und Geometrie, Hauswirtschaft und gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen, praktische Arbeit und je nach Bedürfnis Sport, Elektricitätslehre usw.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

und wünschenswerthe Sommerausflüge. Das ist bei den letzten Tagen im Prosinjiummum in so fester und enger Verbindung auch von vierer Jugend erstanden und angeben wurde, daß die ganze Feier mit ihren Einzelheiten auf jeden, einzelne hinein geht, man müsse alle denkwürdigen Menschen heute hanteln als lebend empfinden.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

Die Beschlüsse sind: Bürgerkunde und Lebenskunde, Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Hauswirtschaft, gewerbliche Buchführung, Fachzeichnen mit praktischen Arbeiten, Sanitätslehre usw.

